

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 15 (1920)
Heft: 2

Rubrik: Aus der Internationale

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Gleichberechtigung der Frau.

Unerklärlich ist es schon, wie viele Gegner die Gleichberechtigung der Frau überall hat. — Es ist gerade, als ob die Männer die Konkurrenz fürchteten. Bis heute waren wir der Meinung, es gäbe wenigstens ein Gebiet, wo jeder die Gleichberechtigung der Frau anerkennen würde, das Gebiet des Einkaufes, die Genossenschaft. Aber dem ist nicht so, auch hier gibt es Gegner, selbst in Arbeiterkonsumgenossenschaften. — Der Konsumverein Sood-Abkisswil hat kürzlich seine Generalversammlung abgehalten. Wiederum, wie schon früher, kam die Frage der Gleichberechtigung der Frau zur Sprache. Ein Teil der Mitglieder war der Meinung, auch die Genossenschaftlerin habe das Recht, mitzureden und zu stimmen. Auch sie habe das Recht, die Generalversammlung zu besuchen und dort zu stimmen. Aber weit gefehlt. Mit zwei Drittel Mehrheit wurde der Antrag abgelehnt. Unter den Ablehnenden befanden sich organisierte Arbeiter. Der Verwalter meinte hohnlächelnd: „Das Wiberquatsch zieht nüd“. Mir scheint nun, daß die Frauen als Konsumentinnen sich ein derartiges Vorgehen nicht gefallen lassen sollten. Wir haben ja glücklicherweise Konsumgenossenschaften, welche keinen Unterschied der Geschlechter kennen. Hier sollte auch die Abkisswilerin einkaufen. Wir hoffen sehr, daß der Lebensmittelverein Zürich die Möglichkeit erhält, bald in Abkisswil eine Filiale zu eröffnen. — Im L. B. Z. sind die Frauen im Aufsichtsrat, im Genossenschaftsrat vertreten. Sie können den Einfluß haben, den sie wollen, wenn sie als Mitglieder eintreten und recht viele Frauen in die betreffenden Behörden wählen.

Wie schwer ist es doch, gewisse Vorurteile zu überwinden. Müd nala gwünnt und schließlich werden die Frauen auch im Konsum Sood-Abkisswil gleichberechtigt werden. Aber bis dahin sollten sie einen solchen hinterwäldnerischen Genossenschaftsbetrieb meiden.



Aus den Kantonen.

In St. Gallen ist ein Dienstbotengesetz in Vorbereitung. Wie notwendig wäre auch hier wieder das Mitspracherecht der Frauen.



Wie man die Volksgenossinnen behandelt.

Genf, 6. Januar 1920.

An Herrn Bundesrat Schulthess,

Vorsteher des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements,
Bern.

Hochgeehrter Herr!

Schon während den Vorarbeiten und den Kommissionsberatungen zum eidgenössischen Fabrikgesetz hat unsere Vereinigung ein lebhaftes Interesse für die Neuerungen bekundet, das nun beim endlichen Inkrafttreten derselben nicht weniger stark ist.

Durch die Freundlichkeit der damaligen Kommission konnten wir anhand des zur Verfügung gestellten Entwurfes die Fragen studieren und wir haben unsere Wünsche in einer Eingabe vom Jahre 1906 zusammengefaßt. Wenn wir heute das eine Postulat, die Anstellung von Inspektorinnen, noch einmal herausgreifen, so geschieht es deshalb, weil in den Jahren der Uebergangsbestimmungen nichts in dieser Richtung geschehen ist und wir fürchten müssen, die Sache sei übersehen worden. In einer zweiten Eingabe vom Jahre 1914 unterstützten wir einen Antrag zu § 75 des Fabrikgesetzes, welcher lautet: „Als Kontrollorgane werden eidgenössische Fabrikinspektoren bestellt, denen männliche und weibliche Inspektionsbeamte beizugeben sind.“

Soviel uns bekannt geworden ist, sind weder Inspektorinnen noch weibliche Inspektionsbeamte angestellt worden. Nach der eidgenössischen Betriebszählung vom August 1905 haben wir 723,000 erwerbstätige Frauen; die eidgenössische Berufsstatistik (eidg. Volkszählung 1910, Band 11, S. 22 und 23) steht ganz unter dem Eindruck dieser großen Zunahme der Frauenarbeit, die Zuwachsziffer der berufstätigen Frauen beträgt 22,2 Prozent, während die Ziffer betr. die Vermehrung des weiblichen Geschlechts nur mit 12,2 Prozent angegeben ist. Wenn auch die Frauenarbeit in den Fabriken nicht wie in andern Gebieten zugenommen hat, so scheint uns die Zahl von ca. 185,000 doch den

Wunsch zu rechtfertigen, daß in irgend einer Form Frauen zum Inspektionsdienst zugezogen werden.

Wir bitten Sie, hochgeehrter Herr, unsere Stellungnahme ernstlich zu prüfen, und zeichnen mit vorzüglicher Hochachtung für den Bund schweizerischer Frauenvereine

die Präsidentin: P. Chaponnière-Chair,
die Sekretärin: M. Du Pasquier.

Ein sprechendes Beispiel für das Schicksal von Wittgesuchen und wohlwollenden Eingaben an Behörden. Ist es da nicht höchste Zeit, daß die Frauen das gesetzlich festgelegte Mitspracherecht erkämpfen? Gerade die Fabrikinspektion ist ein Wirkungsbereich für die Frauen. Täglich sollen von einem Inspektor Hunderte von Betrieben besichtigt, d. h. kontrolliert werden, und zwar nicht nur einmal, dazu reicht die Zeit der wenigen Fabrikinspektoren und Adjunkten nicht. Für die auszuführende Kontrollarbeit eignen sich besonders praktisch veranlagte Frauen, welche soziales Verständnis haben, aber auch hier herrscht die Männerwelt allein. Warum soll z. B. eine intelligente Fabrikarbeiterin nicht Inspektionsbeamte werden? Gilt es doch, die Kontrolle der Fabriken durchzuführen, Gefährdungen der jugendlichen und Arbeiterinnen zu verhüten.



Aus der Internationale.

Reichsfrauenkonferenz der Unabhängigen Partei Deutschlands. Am 29. November fand in Leipzig, vorgängig des Parteitages, die erste Reichsfrauenkonferenz der U. S. P. statt. Aus allen Teilen Deutschlands waren die Delegierten erschienen, um über die wichtigsten Fragen der proletarischen Frauenorganisation zu beraten.

Genosse Crispin begrüßt namens der Parteileitung die Delegierten und betont, daß nachdem die Verfassung den Frauen die äußerliche Gleichberechtigung verliehen habe, diese sich die rechtliche, sittliche und moralische Unabhängigkeit erst noch erkämpfen müssen. Genossin Luise Biez hat die Aufgabe übernommen, über die politische Lage zu referieren: a) Agitation; b) Presse. Sie gab ein anschauliches Bild der politischen Entwicklung seit 1918. Hielt den Regierungssozialisten ihr ganzes Sündenregister vor, wie schmächtig diese den internationalen Sozialismus verraten haben, wie sie alle Grundsätze über das Erfurter Programm über Bord geworfen, die Schule der Kirche ausgeliefert, die Gleichberechtigung der Frau nicht voll durchgesetzt, in bezug auf Recht und Schutz der Mutter und des unehelichen Kindes völlig versagt haben. Sie schilderte das Bestreben der Kapitalisten, die alte Wirtschaft wieder zu befestigen. Sie schloß mit dem warmen Appell an die Genossinnen, die politische Macht erobern zu helfen, um dadurch den internationalen Sozialismus zu stärken, ihn zum Siege zu führen. In der Diskussion wurde die so notwendige Schulung der Frauen erörtert, über die Errichtung von Leseabenden gesprochen, ferner über die besten Wege zur Erziehung der Proletarierinnen zur Klassenolidarität und zum Klassenbewußtsein. Neue Wege zur Erweckung der Frauen zu suchen, wurde verlangt. Man forderte Erziehung zur Selbstständigkeit, damit im gegebenen Momente auch Führerinnen vorhanden seien.

Anschließend an den ersten Punkt der Tagesordnung wurde folgender Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen: „Die erste Frauenkonferenz der U. S. P. D. verpflichtet die Genossinnen, alle Agitationsmöglichkeiten unter den Frauen unablässig und gründlich auszunutzen. Insbesondere gilt es, in den Betriebsversammlungen die erwerbstätigen Frauen zu erfassen und in öffentlichen Versammlungen die Aufnahme von Mitgliedern und die Gewinnung von Abonnenten für die „Kämpferin“ (Frauenzeitung der U. S. P. D.) zu organisieren. Für die planmäßige Hausagitation, die möglichst im Anschluß an öffentliche Versammlungen stattfinden soll, müssen Kommissionen gebildet werden, die durch dauernde Tätigkeit steigende Geschicklichkeit erlangen.“

Zum Zwecke der Schulung der Genossinnen sind Leseabende auszubauen, Kurse einzurichten, möglichst überall das Obligatorium der „Kämpferin“ durchzuführen und für die weiteste Verbreitung des Referentenmaterials und der Agitationsbroschüren und Flugblätter zu sorgen.“

Der Antrag enthält im wesentlichen nichts Neues, sämtliche Forderungen finden wir in einer guten Agitationsbroschüre der Genossin Biez schon vor Jahren geschrieben. Es gibt eben keine anderen Wege, um die Frauen zu gewinnen. Man kommt nicht um die Kleinarbeit herum.

Die Wichtigkeit der internationalen Beziehungen wurde in folgender Resolution befundet:

„Die erste sozialistische Frauenkonferenz der U. S. P. D. entbietet den revolutionären sozialistischen Frauen der ganzen Welt ihre schwesternlichen Grüsse und fordert sie auf, in ihren Ländern für den Gedanken der internationalen proletarischen Solidarität zu wirken. Sie geloben, in Deutschland dafür einzutreten, daß die Reihen des revolutionären Proletariats und sein Kampf um die Eroberung der politischen Macht und die Diktatur der Arbeiterklasse zu einem siegreichen geführt wird. Die revolutionären sozialistischen Frauen sind sich bewußt, daß dieser Sieg nur durch den Zusammenschluß der Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt, durch die Weltrevolution, herbeigeführt werden kann, und sie versprechen, alle Kräfte einzusetzen, diese Weltrevolution zu fördern.“

Sie sprechen den so schwer kämpfenden russischen Genossen ihre vollste Sympathie aus und hoffen, daß sie dem Ansturm aller reaktionären und imperialistischen Mächte standhalten werden.

An die französischen Genossinnen richten wir den warmherzigen Appell, in ihrem Lande einen energischen Kampf gegen ihre imperialistische Regierung zu führen und sie zur Herausgabe unserer unglücklichen deutschen Gefangenen zu bewegen, wie auch wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln die deutsche Regierung, welche an der Festhaltung der Gefangenen mitschuldig ist, zur Rückführung der noch in Deutschland befindlichen russischen Gefangenen angetrieben haben.

Wir betrachten es als unsere heiligste Pflicht, der Völkerverhetzung und dem Menschenhader den hohen Gedanken der internationalen Solidarität und Menschheitsverbrüderung entgegenzusetzen.“

Ueber „Die Frauen und das Räteystem“ sprach Genossin Tony Sender aus Frankfurt a. M. Sie schilderte die erst einjährige Geschichte der Rätebewegung in Deutschland, anfangend bei ihrer ohne jede Verabredung aus dem Massenwillen hervorgegangenen Entstehung bis zu dem jetzigen Versuch des wieder erstarkten kapitalistischen Bürgertums, der Rätebewegung durch Gesetz das Lebenslicht auszublauen. Sie skizzierte den organisatorischen Aufbau und Ausbau des Räteystems, in dem die Hausfrau bis jetzt noch keinen Platz gefunden habe. Ihr diejenige zu schaffen, werde durch Gründung eines Wahlverbandes von Hausfrauen möglich sein, der als gleichberechtigter Verband zu gelten habe. Wohl werde die Erfassung der Nur-Hausfrauen nicht leicht sein, doch auch mit ihnen müsse ein Anfang gemacht werden. Bei der Vorbereitung der Eroberung der politischen Macht müssen auch die Frauen mitarbeiten. In der Mitarbeit lernt man die Schwächen des heutigen Systemes erst richtig kennen. Eine geistige Umstellung der Massen müsse erfolgen. Der Gedanke, daß jeder einzelne für die Allgemeinheit wirkt, wird der Arbeit einen neuen, höheren Wert verleihen als bisher. Es heißt für die Partei die Initiative ergreifen, nicht nur ein Programm haben, sondern dieses in die Tat umzusetzen, die Diktatur des Proletariats von einer Parole zur Wirklichkeit werden zu lassen. Die Ausführungen der Genossin Sender hinterließen einen tiefen Eindruck. Folgende von ihr eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Frauen-Reichskonferenz der U. S. P. D., in Erkenntnis, daß die Befreiung des Proletariats aus der wirtschaftlichen Knechtschaft und der Aufbau eines sozialistischen Gemeinwesens nur verwirklicht werden kann durch die Diktatur des Proletariats, wirksam im revolutionären Räteystem, fordert die Genossinnen und Genossen auf, für die Verwirklichung dieses Gedankens alle Kräfte einzusetzen. Darum muß gefordert werden, daß die weiblichen Berufstätigen nicht nur an den Wahlen ihres Betriebes oder Berufes teilnehmen, sondern auch prozentual der Anzahl der weiblichen Beschäftigten ihre Delegierten in den Betriebsrat zu entsenden haben. Die Konferenz erwartet daher, daß unverzüglich in allen Bezirken aus Werk gegangen wird, auf daß die sozialistischen Frauen als Bahnbrecherinnen an der Seite der revolutionären Arbeiterkraft zum Neuaufbau des revolutionären Räteystems schreiten.“

Zum Zwecke der Einbeziehung der proletarischen Hausfrauen beim Aufbau des politischen Räteystems empfiehlt die Reichskonferenz Schaffung von Wahlverbänden der proletarischen Hausfrauen mit bezirkswieser Untergliederung. Wahlberechtigt bzw. wählbar sind nur solche Frauen, deren Haushaltseinkommen nicht aus unbezahlter Arbeit herrührt (Zinsen, Grundrente, Unternehmerprofit), die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten und die sich zur Diktatur des Proletariats durch die Räte bekennen.

Die Aufstellung der Wählerlisten erfolgt durch Wahlkommissionen der Arbeiterräte nach Bildung der Wahlkörper und vorausgegangener Aufklärung und Aussprache über die Aufgaben der Frau im Räteystem.“

Der dritte Punkt der Tagesordnung brachte ein ausführliches Referat der Genossin Mathilde Wurm über die Frauenerwerbsarbeit, zu dem folgende Leitsätze angenommen wurden:

„Wie dem Manne steht der Frau das Recht auf Erwerbsarbeit in allen Berufen zu. Entscheidend für die Arbeitsleistung kann nur sein: Eignung und Tüchtigkeit, niemals aber das Geschlecht.“

Forderungen: Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Für gleiche Arbeit gleiche Berufsbildung für Mann und Frau. Vernunftgemäße Arbeitsteilung, wie sie dem Geschlecht entspricht: Verbot der Frauenarbeit in allen für Frauen ungeeigneten und gesundheitschädlichen Berufen. Gleiche Höhe der Erwerbslosenunterstützung für männliche und weibliche Erwerbslose.“

Zur Erziehungsfrage und Vereinheitlichung der Erziehung wurde ebenfalls Stellung bezogen.

Rußland.

Aus der Arbeiterbewegung Rußlands. Im Gouvernement Perm fand eine Parteivoche statt, während der sich die Zahl der Parteimitglieder verdreifachte. Die Soldaten der Roten Armee schlossen sich in ganzen Kompagnien der Partei an. Im Anschluß an die Parteivoche fand eine Konferenz der Arbeiter und Soldaten statt, in der beschlossen wurde, alle Kräfte für die Verteidigung der Front einzusetzen und mit allen Mitteln für die kommunistische Partei zu werben.

Es geht auch ohne Spezialisten. Im Gouvernement Perm haben die Ingenieure der großen Motorilichinischen Stahlgießerei das Werk verlassen, als die weiße Garde den Rückzug antreten mußte. Trotzdem fand keine Unterbrechung der Produktion statt. Mit doppelter Energie gingen die Arbeiter an die Arbeit heran, und in den letzten Wochen wurden 60 Prozent mehr geleistet als in den vorhergehenden.

Der Agitationszug „Oktober-Revolution“. (R. N.) Der Agitationszug „Oktober-Revolution“ ist von seiner vierten Reise durch Rußland zurückgekehrt. Sein Weg führte ihn von Moskau über Tula, Pensa, Samara nach Orenburg. In allen kleinen Stationen wurde Halt gemacht, und Genosse Kalenin, der Vorsitzende des Exekutivkomitees, hielt Versammlungen ab. Außerdem wurden kinematographische Vorstellungen veranstaltet. Bücher, die der Zug mit sich führte, sind in großer Menge verkauft worden. Im allgemeinen erfreuen sich diese Agitationszüge großer Popularität. Besonders auf die mitgebrachten Bücher wird überall mit großer Ungeduld gewartet. Die meisten Versammlungen wurden in kleinen Orten in der Nähe der Eisenbahn veranstaltet. Die Bauern, die zwei Tage vorher benachrichtigt waren, erschienen selbst aus solchen Dörfern, die 50 Werst von der Eisenbahnstation entfernt lagen. Es kamen alle, Frauen, Kinder und Greise. Die Bauern, die über das Wesen der Sowjetregierung aufgeklärt werden, zeigen großes Interesse für alle politischen Fragen. In der Frage des Getreidemonopols nehmen sie jetzt eine andere Stellung ein.

Se weiter nach dem Osten, um so revolutionärer ist die Stimmung der Massen. Von allen Städten, die der Agitationszug berührte, ist Orenburg die revolutionärste.

Im Gouvernement Saratow haben die Arbeiter aus eigener Initiative heraus, ohne technische und finanzielle Hilfe des Obersten Rates für Volkswirtschaft, aus eigenen Mitteln eine Glasütte errichtet. Diese Glasütte hat bereits über zwei Millionen Feldflaschen hergestellt und augenblicklich stellt sie täglich in großen Mengen Fensterglas her. In einer andern Stadt desselben Gouvernements haben die Arbeiter aus eigenen Mitteln eine Farbenfabrik errichtet. Ueberall in allen Gouvernements sind eine große Anzahl von Lazaretten und Hospitälern errichtet worden. All das schaffen die Arbeiter aus eigenen Kräften.

In allen Städten, in denen der Agitationszug hielt, erstatten die Arbeiter dem Genossen Kalenin Bericht über ihre Tätigkeit, und aus ihren Augen leuchtete der Stolz über die in so schwieriger Zeit mit so spärlichen Mitteln geleisteten Arbeiten.

Auch Genossin A. Balabanoff hat ihren Agitationszug, sie ist in Rußland ebenso beliebt und gerne gehört wie bei uns, wie in Italien. Nach wie vor verwendet sie ihre ganze Kraft, ihr ganzes Sein zur Verbreitung sozialistischer Lehren. Sind wir auch räumlich getrennt, fühlen wir uns doch nahe und vereint im Glauben an das Kommen des sozialistischen Weltreiches.